

Frontal 21 „Lobbyisten im Klassenzimmer“ vom 30.04.2013 - Richtigstellung des Instituts für Ökonomische Bildung, 02.05.2013

In der Ausgabe vom 30.04.2013 berichten die Redakteure Lisa Bühnen, Werner Doyé und Ullrich Stoll für das ZDF-Magazin Frontal 21 über die Lobbyarbeit von Wirtschaftsvertretern in Schulen. Das Magazin stellt sich dabei nach eigenen Angaben grundsätzlich „kritisch, investigativ und unerschrocken den Fragen und Themen des 21. Jahrhunderts“.

In der genannten Reportage wird an mehreren Stellen auf die Arbeit des Instituts für Ökonomische Bildung, An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (IÖB), eingegangen. Im Vorfeld erfolgte eine schriftliche Beantwortung von Fragen durch das IÖB. Bei der Darstellung der Tätigkeiten, „hinter denen das IÖB steckt“ (O-Ton), greifen die Journalisten auf die Mittel unzulässiger Verkürzungen und aus Gesamtkontexten herausgelöster Einzelaussagen zurück.

Bei genauer Betrachtung stellt sich der Eindruck ein, dass es hier eben nicht um die „kritisch investigative“ Analyse eines gesellschaftlich relevanten Sachverhaltes geht, sondern vielmehr um die Suche nach Belegen für die der Sendung zugrundeliegende These einer Manipulation von Schülerinnen und Schülern durch Wirtschaftsvertreter und sonstige Institutionen. Diese Suche scheint sich maßgeblich auf eine aktuelle Analyse von Lobbycontrol, einer nützlichen, aber in didaktischen Fragen bisher in Deutschland wenig ausgewiesenen Einrichtung, zu stützen. Diese Analyse bedarf aber wiederum offensichtlich keiner weitergehenden Überprüfung hinsichtlich ihrer Angemessenheit.

Uns erscheint es notwendig zu sein, Stellung zu den journalistischen Darstellungen zu nehmen, um die verwendeten unseriösen Methoden aufzuzeigen. Festzustellen ist, dass sich die zwei Minuten und 15 Sekunden des Filmbeitrages, die sich der Arbeit des IÖB widmen, als eine Aneinanderreihung verkürzender und manipulativer Darstellungen erweisen. Konkret zu nennen ist hier, dass

1. Sequenzen eines Unterrichtsfilms so zusammengeschnitten werden, dass die gewünschte „arbeitgeberfreundliche Aussage“ expliziert werden kann;
2. die Aussage eines 124 Seiten-Unterrichtsmaterials mit Bezugnahme auf einen Vierzeilen-Auszug konterkariert wird;
3. die Bewertung eines Schulbuchkapitels durch den wissenschaftlichen Mitarbeiter eines politikdidaktischen Lehrstuhls, ungeachtet ihrer sachlichen Inkorrektheit, ungeprüft wiedergegeben wird.

Im Folgenden gilt es, diese Einschätzungen zu belegen. Hierbei gehen wir bewusst kleinschrittig vor, und es werden alle Quellenangaben zu den thematisierten Materialien angeboten eingefügt, damit sich jeder Interessierte selbst ein Bild machen kann.

1. Sequenz Kurzfilm „Ökonomie im Alltag“ (abzurufen unter: <http://www.oekonomie-mit-energie.de/index.php?id=134>)

Ausschnitt Frontal 21:

Gezeigt wird eine von den Redakteuren zusammengeschnittene 22-Sekunden-Sequenz aus dem Unterrichtsfilm „Unternehmensziele im Visier“, der insgesamt 1:46 Minuten lang ist. In diesem teilt ein Steuerberater Herr Sommer, dem Inhaber eines kleinen Sanitärbetriebes, mit, dass das Unternehmen hohe Schulden angehäuft habe und insbesondere die Personalkosten zu hoch seien. Das Unternehmen müsse in der Konsequenz zeitnah wieder schwarze Zahlen schreiben.

Bewertung/Analyse durch Frontal 21:

Der Film unterbreite, so der Sprecher der Reportage, „Die Botschaft ganz im Sinne der Arbeitgeber“. Bezugnehmend auf die gezeigte Aussage des Steuerberaters, das Unternehmen müsse schnell wieder „schwarze Zahlen schreiben“, ergänzt der Sprecher: „Mit anderen Worten: Entlassungen oder Lohnkürzungen müssen sein.“

Auslassungen/Verkürzungen durch Frontal 21:

- Die von den Autoren herausgearbeitete Schlussfolgerung entspricht nicht der Filmaussage. Im gesamten Film diskutieren Steuerberater und Unternehmer verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit den Problemen, wobei sich der Arbeitgeber wiederholt gegen Entlassungen ausspricht. Dies bildet das gezeigte und zusammengeschnittene 1/6 des Films aber nicht ab.
- Der gesamte Film thematisiert neben den ökonomischen auch die bedeutsamen sozialen und ökologischen Ziele von Unternehmen.
- Zu fragen ist: Darf der Sachverhalt, dass Unternehmen in einem marktwirtschaftlichen System mittelfristig Gewinne erzielen müssen, um ihre Existenz und damit auch die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter zu sichern, im Wirtschaftsunterricht nicht thematisiert werden? Ist dies bereits einseitige Manipulation?
- Unerwähnt lassen die Redakteure, dass es zu der Bearbeitung des Films Begleitmaterial gibt. Ein vorgeschlagenes Arbeitsblatt enthält u. a. die folgenden Aufgabenstellungen, die die Schülerinnen und Schüler zu einer multiperspektivischen Analyse anleiten sollen:
 - *Lege dar, inwiefern in dem Film ein Konflikt thematisiert wird. Ermittle die unterschiedlichen Interessen, die konflikthaft aufeinandertreffen.*
 - *Beschreibe, wie der Film endet und wie es deiner Meinung nach weitergehen könnte.*
- Die Autoren vergessen zu erwähnen, dass der gezeigte Film zu einer Kurzfilmreihe gehört, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des Wirtschaftslebens beschäftigt. In dieser werden für Lehrkräfte explizit Konfliktsituationen (!) aufbereitet, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler unterrichtlich auseinandersetzen sollen.

Nur drei Beispiele:

- Im Film „Meine Rechte, meine Pflichten“ werden die Dialoge verschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens gezeigt. Dabei werden sowohl die Pflichten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (z. B. Einhaltung der vertraglich festgeschriebenen Arbeitszeiten), wie auch deren Rechte (Betriebsratsgründung; dessen Einbeziehung bei Entlassungen) thematisiert. Ist dies einseitig arbeitgeberfreundlich?
- Im Film „Motorschaden sorgt für Ärger“ kauft Familie Sommer einen Gebrauchtwagen, der kurze Zeit später einen Motorschaden aufweist. Trotz eindeutiger Garantiezusage bei Vertragsabschluss weigert sich der Autohändler, den Schaden zu übernehmen und zeigt sich erst nach Androhung juristischer Schritte und Verweis auf die verbraucherschutzrechtlichen Regelungen gesprächsbereit. Ist dies einseitig anbieterfreundlich?
- Im Film „Wirbel in Woppelfeld“ wird die kontroverse Diskussion einer Bürgerrunde bzgl. eines Ansiedlungsvorhabens in der Gemeinde dargestellt, in dem klassische Pro- und Contra-Argumentationen (insbesondere auch ökologischer Natur) einander gegenübergestellt werden. Ist die eindeutig wirtschaftsfreundlich?

2. Unterrichtseinheit „Unsere Wirtschaftsordnung“ im Projekt „Handelsblatt macht Schule“ (abzurufen unter:

http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/material_einheiten.php?ue=1&na=3110)

Ausschnitt Frontal 21:

Es wird ein Vier-Zeilen-Auszug aus der 124 Seiten umfassenden Unterrichtseinheit „Unsere Wirtschaftsordnung“ des Projektes „Handelsblatt macht Schule“ gezeigt.

Bewertung/Analyse durch Frontal 21:

O-Ton: „Das IÖB gibt auch Schülermaterialien heraus. Darin erfahren die Schülerinnen und Schüler, es sei [Einblendung einer Überschrift- plus Unterüberschrift eines Materials] „Zeit für Reformen. Der deutsche Staatsapparat ist für eine schrumpfende Bevölkerung zu groß ...“. Fortsetzung O-Ton: „Die Lösung wird gleich mitgeliefert [Einblendung Artikelzitat eines anderen Materials] ‚Private Altersvorsorge.‘“

Auslassungen/Verkürzungen durch Frontal 21:

- Bei der Einblendung handelt es sich um die Überschrift eines Handelsblatt-Artikels (kein vom IÖB erstellter Text), der als eines von 36 inhaltlichen Materialien in der Einheit zu finden ist. Dieser Artikel, wie auch ein anschließendes Interview mit dem Ökonomen Hans-Werner Sinn, dienen dazu, eine Seite der derzeitigen Diskussion um die zukünftige Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung abzubilden. Hinsichtlich der unterrichtlichen Bearbeitung werden dabei in den Lehrerhinweisen u. a. die folgenden

Aufgaben vorgeschlagen:

- *Erläutern Sie die von Heilmann [Autor des Artikels] und Sinn identifizierten Ansatzpunkte für staatliche Reformmaßnahmen. Erörtern Sie die ordnungspolitische Dimension der Reformvorschläge.*
- *Setzen Sie sich kritisch mit der Durchsetzungsmöglichkeit der Reformvorschläge auseinander. Ermitteln Sie Konfliktlinien sowie Gegenpositionen, die im gesellschaftlichen Diskurs hierüber auftreten.*
- Darüber hinaus verzichten die Redakteure darauf darzustellen, dass die beiden in der Einheit folgenden Materialien genau diese Gegenpositionen thematisieren. Im folgenden Interview „Die nächste Krise kommt bestimmt“ kommt Erzbischof Marx zu Wort, der insbesondere ermahnt, die Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise bei zukünftigen ordnungspolitischen Entscheidungen zu ziehen. Daran anschließend werden die Ergebnisse einer OECD-Studie zusammengefasst, Titel: „Deutschland bei sozialer Gerechtigkeit nur Mittelmaß“.
- In weiteren Materialien
 - kommen u. a. verschiedene „Stimmen zu 60 Jahren Soziale Marktwirtschaft“ (Norbert Walter (Deutsche Bank Group), Michael Sommer (DGB), Wolfgang Franz (Wirtschaftsweiser), Michael Hüter (IW), Gustav Horn (IMK/Hans-Böckler-Stiftung)) zu Wort,
 - wird die Rolle von Banken in „Karikaturen zur Finanz- und Wirtschaftskrise“ thematisiert,
 - werden unterschiedliche Forschungsergebnisse zum Verhältnis von „Markt vs. Moral“ dargestellt und
 - werden die Positionen von Karl Homann („Markt ist moralisch“) und Richard David Precht („Kapitalismus verzehrt Werte“) gegenübergestellt.

Die Autorin und Autoren nehmen für sich in Anspruch, das Kontroversitätsgebot uneingeschränkt befolgt zu haben.

- Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang u. a. auch auf die letzte aktualisierte Unterrichtseinheit des Projektes „Handelsblatt macht Schule“ zum Thema „Globalisierung“, in der u. a. dezidiert die Ursachen und Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des Klimawandels aufgearbeitet werden. (abzurufen unter: http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/material_einheiten.php?ue=2&na=3120)

3. Schulbuch Kompetenz 9, Kapitel „Unternehmen“ (ISBN: 978-3-14-116251-6) - Bewertung von Moritz Haarmann (Leibniz Universität Hannover)

Ausschnitt Frontal 21:

In einer Interview-Sequenz legt o. g. wissenschaftlicher Mitarbeiter, der bis dato in der fachdidaktischen Diskussion der ökonomischen Bildung nicht in Erscheinung getreten ist, sich jedoch nach Angabe der Redakteure „intensiv“ mit den vom Institutsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski herausgegebenen Schulbüchern auseinandergesetzt habe, seine Einschätzung des Kapitels „Unternehmen“ des Schulbuches „Kompetenz 9“ dar.

Bewertung/Analyse durch Frontal 21:

Aus Sicht Haarmanns werden die Schülerinnen und Schüler dort v. a. mit der Perspektive des Unternehmens konfrontiert, die auch als legitim dargestellt werde. Die Perspektiven der Beschäftigten spielten hingegen eine untergeordnete Rolle.

Auslassungen/Verkürzungen durch Frontal 21:

- Festzuhalten ist, dass die inhaltliche Schwerpunktsetzung nicht durch den Herausgeber oder das Autorenteam, sondern durch das zugrundeliegende Curriculum für das Fach „Politik-Wirtschaft“ an niedersächsischen Gymnasien erfolgte. Das genannte Buch, wie die drei weiteren Bände der Kompetenz-Reihe, wurde vom Kultusministerium des Landes im gängigen Verfahren auf seine Eignung für den Unterricht in diesem Fach überprüft und ohne Einschränkung genehmigt. Hierauf wurden die Redakteure auch im Rahmen der schriftlichen Antworten des IÖB hingewiesen.
- Die Aussagen von Herrn Haarmann sind schlichtweg falsch und unhaltbar. Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auftretende Interessenkonflikte zwischen diesen und den Arbeitgebern in Unternehmen werden im genannten Kapitel (das insgesamt 47 Seiten umfasst) dezidiert und angemessen herausgearbeitet. Zur Erläuterung:
 - Unterkapitel 5 trägt den Titel „Arbeitsbeziehungen in einem Unternehmen“ und umfasst drei Seiten. Dargelegt werden die Einbindung von Unternehmen in die Rechtsordnung und der Weg „Von der Stellenausschreibung bis zum Arbeitsvertrag“.
 - Unterkapitel 6 beschäftigt sich auf sieben Seiten mit der „Mitbestimmung und ihren gesetzlichen Regelungen“. Thematisiert werden u. a. die „Pflichten des Arbeitgebers - Rechte des Arbeitnehmers“ (6.2), das „Betriebsverfassungsgesetz und Betriebsräte“, insbesondere „Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte“ (6.3) sowie die Aufgaben der „Jugend- und Auszubildendenvertretung“ (6.4).
 - Unterkapitel 7 stellt auf acht Seiten die Frage „Wie gerecht kann Lohn sein?“ in den Fokus. Grundlagen der „Arbeitsbewertung“ (7.1), die Existenz von Lohnungleichheiten (7.2) sowie „Lohnformen“ (7.3) werden sachgerecht behandelt.
 - Unterkapitel 8 wiederum setzt sich auf vier Seiten vertieft mit „Tarifverträgen und der Tarifautonomie“ auseinander. Dabei werden die der Arbeitnehmerseite zur

Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehenden Instrumente in der abschließenden Lernbilanz noch einmal explizit herausgearbeitet.

- Vor dem Hintergrund dieser Sachlage stellen sich zwei Fragen:
 - Worauf fußt die denunzierende Äußerung Haarmanns?
 - Werden die Aussagen von Interviewten von den Journalisten ungeprüft übernommen? Im vorliegenden Fall hätte hierfür schon das einfache Durchblättern einiger Schulbuchkapitel genügt.

Über die Darstellung des IÖB hinaus weist der Beitrag viele weitere fragwürdige Schlussfolgerungen auf. Hierzu nur zwei Anmerkungen:

- Die Vertreterin der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisiert die Einflussnahme und Materialienflut aus der Richtung der Wirtschaft. Ohne Kommentar bleiben aber die Materialienangebote gewerkschaftsnaher Institutionen für die Schule. Gelten diese als per se unproblematisch? Ist z. B. Lobbycontrol auf diesem Auge blind? Zu verweisen ist beispielsweise auf das Lehrerportal zur sozioökonomischen Bildung der Böckler-Stiftung (<http://www.boeckler.de/39577.htm>) und z. B. die dort eingestellte Unterrichtseinheit zur „Finanzkrise“. Erfüllt diese wirklich die vielfach postulierten Kriterien des Beutelsbacher Konsenses, oder gilt dieser nur in eine Richtung?
- Es wird hingewiesen auf die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen unter der Regierung Wulff, womit nach Ansicht der Autoren offensichtlich die Bereitstellung neutraler Materialien in diesem Land endet. Selbstverständlich kann dies bedauert werden. Festzuhalten ist aber auch, dass es in Deutschland weiterhin 15 Landes- und eine Bundeszentrale für politische Bildung gibt. Diese produzieren aber in der Regel kaum Materialien für den Ökonomieunterricht.

Ungeachtet des mittlerweile vorhandenen Konsenses, dass die ökonomische Bildung zur Allgemeinbildung zu zählen ist, gibt es jedoch nicht eine vergleichbare staatliche Institution in Deutschland für diese Domäne. Vor diesem Hintergrund scheint das pauschalisierte, jede Differenzierung auslassende Kritisieren von Initiativen im Bereich der ökonomischen Bildung noch fragwürdiger.

Fazit:

Es ist unserer Meinung nach vollkommen unangemessen, die Arbeit einer wissenschaftlichen Institution in dieser verkürzten Form zum Gegenstand zu machen und damit die Tätigkeit vieler wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu diskreditieren. Nach Studium der Originalmaterialien möge sich jeder selbst ein Urteil bilden.

Angesichts der Tatsache, dass selbst in einem nur gut zweiminütigen Bericht keiner der im Zusammenhang mit dem IÖB dargestellten Sachverhalte sachlich richtig bzw. ausreichend umfangreich dargestellt wurde, könnte man zu dem Schluss kommen, der **Vorwurf der Manipulation durch die Wirtschaft und das IÖB soll hier selbst mithilfe manipulativer Darstellungsformen vermittelt werden.**

Der Beitrag endet mit der Feststellung (O-Ton): „Die Schüler sollen bevorzugt die Auffassung der Wirtschaft lernen, und die liefert unermüdlich Massen von Material, begleitet von großzügig finanzierten PR-Aktionen. Die Lobby ist im Klassenzimmer längst angekommen.“ Eine Schlussfolgerung, die sich zumindest auf der Grundlage dieser Recherche nicht belegen lässt. Fest steht hingegen, dass an diesem Dienstagabend eine einseitige Auffassung zur wirtschaftlichen Bildung in der Schule in deutschen Wohnzimmern angekommen ist.